

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

29.1.1925 (No. 24)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Erpeditio:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 953
und 954
Postkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. K. K.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Rabattabatt 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, Zwangsweise Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Amtlicher Teil

Januarmiete

Der mit Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 21. Oktober 1924 (Staatsanzeiger Nr. 246 vom 21. Oktober 1924) als gesetzliche Miete für alle Gemeinden des Landes festgesetzte Hundertsatz von 75 v. Hundert der Friedensmiete in Goldmark hat bis jetzt eine Änderung nicht erfahren. Auch für den Monat Januar beträgt demnach die gesetzliche Miete 75 v. Hundert der Friedensmiete eines Monats in Reichsmark.

Ablieferung der Steuermarkenblätter für 1924

Nach § 55 der Durchführungsbestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn ist jeder Arbeitnehmer, für den im Kalenderjahr 1924 Steuermarken verwendet worden sind, verpflichtet, im Monat Januar 1925 seine Steuerkarte und die Einlagebogen mit den eingelebten und entwerteten Marken an das Finanzamt einzuliefern, in dessen Bezirk er am 10. Oktober 1924 seinen Wohnsitz gehabt hat. An Stelle des Arbeitnehmers kann der Arbeitgeber die Einlieferung besorgen.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Aufforderung zur Ablieferung der Markenblätter in den Arbeits- und Geschäftsräumen durch Anschlag bekannt zu geben. Dies gilt auch für diejenigen Arbeitgeber, die den Steuerabzug vom Arbeitslohn im Überweisungsvorfahren durchführen, da sich unter ihren Arbeitnehmern solche befinden können, für die im Laufe des Jahres bei einem andern Arbeitgeber Marken geliefert worden sind.

Die Einlieferung der Steuermarkenblätter kann durch Zwangsstrafen bis zur Höhe von 5000 M. im einzelnen Falle erzwungen werden oder es kann die Versäumnis der Einlieferungspflicht mit einer Ordnungsstrafe geahndet werden.

Die Ministerpräsidentenwahl in Preußen

Mehrere Berliner Blätter melden, es scheine nunmehr festzustellen, daß am Freitag die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten durch den Landtag noch nicht erfolgen werde. Voraussichtlich werde die Wahl am Dienstag, den 3. Februar vorgenommen werden. Die „Vossische Zeitung“ hält es für wahrscheinlich, daß ein Angehöriger des Zentrums zum preussischen Ministerpräsidenten von der Weimarer Konstitution vorgeschlagen werde.

Zur Wahl des hessischen Staatspräsidenten

Die am heutigen Donnerstag stattfindende Wahl, erfährt die „Neue Bad. Landeszeitung“, daß man zu einer Vereinbarung gekommen sei. Man ging von der Erkenntnis aus, daß das Zentrum nicht mehr für die Wiederwahl Ulrichs, oder die Kandidatur eines anderen Sozialdemokraten zu haben sein werde; andererseits hat keine der Rechtsparteien Aussicht, einen Mann aus ihren Reihen durchzubringen. So hat man sich dahin geeinigt, einen Kandidaten in Vorschlag zu bringen, der durch seine politische Vergangenheit Gewähr dafür bietet, daß er die widerstrebenden Parteien und Meinungen zu gemeinsamer Arbeit zusammenführen könne. In erster Linie komme hierfür der Mainzer Oberbürgermeister Dr. Käß in Frage, der der demokratischen Partei angehören soll.

Zunahme der Erwerbslosenziffern

Von Anfang bis Mitte Januar 1925 hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 538 000 auf 583 000, d. h. um rund 9 Prozent, zugenommen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 494 000 auf 540 000, die der weiblichen von 41 000 auf 43 000 erhöht. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 722 000 auf 750 000 gestiegen. Die auch diesmal noch erhebliche Zunahme erklärt sich insbesondere aus der Abnahme von Gelegenheitsarbeit und der Abschwächung der Konjunktur, wie sie für eine Reihe von Verbrauchsindustrien nach Weihnachten einzutreten pflegt. Auch erreicht im Januar erfahrungsgemäß der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt seinen Tiefpunkt.

Ein sozialdemokratischer Aufruf. Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Aufruf des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei, an die Parteigenossen, in welchem zum schärfsten Kampf gegen die Kommunisten aufgefordert und unter anderem die Ratifikation des Abkommens von Washington und ein Arbeitszeitgesetz, das den Achtstundentag wieder herstellt, gefordert werden.

Im Hochverratsprozeß gegen drei Württemberger Kommunisten verurteilte der süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes zu Leipzig den Hilfsarbeiter Billy Schmidt zu zwei Jahren Zuchthaus und 200 M. Geldstrafe. Der Hilfsredakteur Rudolf Bobuscheck erhielt ein Jahr und sechs Monate Gefängnis und 150 M. Geldstrafe, der Bandagist Walter Schäblich ein Jahr Gefängnis und 150 M. Geldstrafe. Die Geldstrafen, sowie bei Schmidt und Bobuscheck 10 Monate, bei Schäblich 2 Monate der Freiheitsstrafe wurden als durch die Untersuchungshaft verbüßt erklärt.

Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Opposition in Jugoslawien

Aus Belgrad wird uns geschrieben:

Die Eintreibung der Radikpartei (Verhaftung Radic, Auflösung der Partei und Beschlagnahme ihrer Presse) war außen- und innenpolitisch sorgfältig vorbereitet worden. Von Rom aus veränderte Außenminister Njic, der dort mit Mussolini, aber auch mit Chamberlain Unterredungen hatte, die Wahlen würden im Zeichen der Abwehr gegen den Bolschewismus geführt werden. Ursprünglich lautete die amtliche Parole: Für oder gegen die Verfassung. Um den Ernst der Gefahr und die Notwendigkeit einer antibolschewistischen Balkanfront zu demonstrieren, wurde sogar der bulgarische Ministerpräsident Jankof der serbischen Öffentlichkeit serviert, obschon man seine Klagen über die bolschewistische Bedrohung so lange als bloßen Bluff behandelt hatte. Innenpolitisch schien die Situation durch die Veröffentlichung des angeblichen Vertrags zwischen Radic und der 3. Internationale in der „Nac“ sowie durch die Spaltung der Radikpartei reif für den entscheidenden Schlag. Außer Lovrekovic, dem Gründer der neuen monarchistischen Bauernpartei, dem alsbald die Ehre zuteil wurde, vom König empfangen zu werden, traten noch weitere Unzufriedene hervor. Eine Erklärung von 38 früheren Radic-Abgeordneten wurde veröffentlicht, die gegen den durch Radic vollzogenen Beitritt zur Moskauer Bauerninternationale protestierten. Schon wurde die Gründung einer „Unabhängigen kroatischen republikanischen Bauernpartei“ verkündet und erzählt, daß sie 200 Organisationen hinter sich hätte. Indessen scheint es damit recht windig zu sein; die 38 als Dissidenten bezeichneten Abgeordneten wollten es mit einem Mal nicht mehr Wort haben, und seit der „Obznana“ ist von einer Spaltung der Partei keine Rede mehr.

Eine Erkenntnis des Agrarminister Kassationshofes, daß die Abgeordnetenimmunität als aufgehoben erklärt, gab der Regierung die Handhabe, sämtliche Abgeordneten aus dem Vorstand der Radikpartei verhaften zu lassen. Unter den Verhafteten befindet sich indessen auch Dr. Macel, der als Vizepräsident der Stupschina gleichzeitig Vizepräsident des die Wahlen leitenden Staatsaussschusses und daher unzweifelhaft durch die Immunität geschützt ist.

Die Maßregeln der Regierung, so betonte Innenminister Marinovic, seien nicht als gegen das kroatische Volk gerichtet anzusehen. Dessen ungeachtet, beschränken sich die Verhaftungen nicht auf die Führer der Bewegung, ja nicht einmal auf die Radikpartei allein, es wurden vielmehr, insbesondere in Dalmatien, auch viele 100 Bauern eingekerkert.

„Slowener“ sagt: „Die Regierung hat durch ihre Gewalttat gegen die Partei, die faktisch heute fast die gesamte kroatische Bauernschaft und Intelligenz vertritt, alle Brücken zwischen sich und dem kroatischen Volk abgebrochen. Sie hat sich damit offen vor der ganzen Welt als Diktator der Minderheit nach bolschewistischem Muster bekannt.“

„Obzor“ bezeichnet das Vorgehen der Regierung als einen Triumph Bricevics, die scheinbare Ruhe, mit der das Land die Maßnahmen der Regierung hinnimmt, sei freilich eine Enttäuschung für Bricevic, denn wie aus der Schreibweise der „Njic“ hervorgehe, wünschten die selbständigen Demokraten Akte der Auflehnung herbei, um sie blutig unterdrücken zu können. Mit der Verhaftung Radics werde nach Ansicht des „Obzor“ keineswegs ein Gefanzenswunsch der Regierung erfüllt, die den Bauernführer viel lieber auf der Flucht und am liebsten auf dem Wege nach Moskau gesehen hätte. Ein neuer Hochverratsprozeß, inszeniert nach dem Vorbild der Hochverratsaffären aus österreichischer Zeit, werde Radic nur die Aureole des Märtyrers und noch mehr Anhänger verschaffen.

Der oppositionelle Bloß geizelte in einem scharfen Kommuniqué den Mißbrauch des Schutzgesetzes. Die Majorität der Kroaten solle außerhalb des Gesetzes gestellt werden, nur um den Ausdruck des Volkswillens bei den Wahlen zu fälschen. Davidovic nannte die „Obznana“ (die am 1. Januar erlassene „Rundmachung“ über das Vorgehen gegen die Radic-Partei) eine politische Schande für das Land.

Die Energie der Regierung wirkt sich auch gegen andere Parteien aus. Die „Unabhängige Arbeiterpartei“ (Nachfolgerin der Komm. Partei) wurde aufgelöst, das Organ der Dzemjet-Gruppe, „Gah“ in Stopfje mit Beschlag belegt. In den letzten Tagen wurde in Subotica der gesamte Parteivorstand der Magyarschen Partei auf Grund einer Denunziation, wonach das Parteiorgan „Hirlan“ von der ungarischen Regierung subventioniert würde, verhaftet, mußten aber alsbald in Freiheit gesetzt werden, da der Anklagegenat dem Vorgehen des Untersuchungsrichters die Bestätigung verweigerte. Durch verschiedene Blätter ging eine Notiz, welche die neuerliche Auflösung des Schwäbisch-deutschen Kulturbundes ankündigt, mit der Begründung, daß viele frühere Anhänger der Radic-Partei unter den Deutschen sich jetzt dem Kulturbund anschließen und ihn auf politisches Gebiet zögen. Ihre Werbungen unter der deutschen Bevölkerung der Wojwodina unterstützen die Radikalen durch Herausgabe einer deutschen Zeitung, „Die Zeit“, in Apatin. Auflösung von Gemeindevertretungen und Bestimmung willfähriger Kommissare in allen Teilen des Landes sollen Wahltag der Regierung vorbereiten helfen.

Das rheinische Zentrum gegen die Rechte

Die „Rheinische Volkszeitung“ bringt einen Artikel mit der Überschrift „Mar zum Gesetz“ zu der preussischen Regierungskrise, in dem es u. a. heißt:

„Wir lassen uns zu jeder Arbeit, die im Interesse des Volkswohls liegt, heranziehen, aber wir lassen uns nicht mißbrauchen. Wir erkennen es heute: Es geht um Ganze. Preußen soll, koste es, was es wolle, zum Erzherr der politischen und sozialen Rückschritte gemacht werden, unbekümmert um die Wirkungen im Lande, unbekümmert um die verhängnisvollen Wirkungen im Auslande. Langsam und sicher soll das alte System wieder auferstehen — dieses System mit seiner Ungerechtigkeit gegen den katholischen Volksteil und gegen alles, was nicht in den ostelbischen Stram paßt. Wir haben auch am neuen Staate manches auszusetzen, aber gemessen an dem, was früher war, bedeutet er doch auf wichtigen Gebieten einen gewaltigen Fortschritt. Wir erkennen die Taktik: Man will das Zentrum in Preußen in eine Rechtskoalition zwingen, um es „unschädlich“ zu machen. Gegen diese Veruche rufen wir unsere Wählerchaft zum Kampfe auf, und dieser Ruf wird nicht verhallen: Hundert Jahre ostelbischer Herrschaft mit all ihrer Ungerechtigkeit gegen den katholischen Volksteil sind in Westfalen und im Rheinland namentlich noch unvergessen, und die Aussicht auf die beherrschende Wiederkehr derselben Kreise von einst wird alte Gefühle wieder erwecken, die nur geschlafen haben, weil man sich in einem freibeitlich gerichteten Staate wählte.“

Wir kennen unsere Verpflichtungen gegenüber dem neuen Preußen und unserer Wählerchaft. Der Kampf um die Einstellung Preußens hat begonnen. Das reaktionäre Preußen hat sich zusammengefunden und holt zum Schlage aus, es richtet wieder begehrt seine Blide zum Westen. Aber dessen darf man auf der anderen Seite gewiß sein: Einem reaktionären Preußen gegen wir den schärfsten Kampf an, und wir haben heute ganz andere Machtmittel als früher zur Verfügung, um diesen Kampf erfolgreich zu führen.“

In ähnlichem Sinne äußert sich die „Rheinische Volksmacht“, das offizielle Kölner Zentrumsorgan, es schreibt:

„Das Nein von Imbusch, der Führer der christlichen Bergarbeiter, sollte in ganz Deutschland bei allen, denen am inneren Frieden des Volkes gelegen ist, wie ein Warnungssignal wirken, das man nicht ungestraft überhören kann. Die wirtschaftliche Reaktion, der unbestreitbar weitgehend vorhandene Wille bestimmter großkapitalistischer Kreise, den christlichen sozialen Gedanken in der Wirtschaftspolitik und in der Sozialpolitik niederzutreten, mit arbeitenden Menschen umspringen; als ob die gemeinsame Not des deutschen Volkes diese Menschen verpflichtete, zufrieden zu sein, wenn sie nicht verhandeln, das ist der Weg zum Bürgerkrieg. Das ganze Zentrum ohne Unterschied der Massen, Stände und Schichten muß, wenn es den Anspruch auf den Namen und Charakter einer christlichen Partei erhebt, sich mit voller Macht gegen diese Reaktion stemmen, und wenn sie nicht überwunden werden kann dadurch, dann muß eben nur mit den Linksparteien zusammen diese Reaktion überwunden werden.“

Eine Ischelfasikale in Köln. Der „Vorwärts“ meldet aus Köln, daß in dem Hause Katharinenstraße 7 von der Polizei ein kommunistisches Munitions- und Waffenlager entdeckt wurde. Es wurde eine fertiggestellte Bombe, ferner Material für die Herstellung von 50 weiteren Bomben und außerdem Schutzdecken aller Art gefunden. Der Wohnungsinhaber, ein bekannter Kölner Kommunist, konnte verhaftet werden. Er gestand, daß die Bomben gegen die Feinde der kommunistischen Partei bestimmt werden sollten. Das Blatt meldet weiter, daß der Leiter des Rates Frontkämpferbundes in Köln auf Anordnung der britischen Besatzungsbehörde verhaftet wurde.

Beschuldigungen gegen Mussolini. Wie aus Rom gemeldet wird, schreibt „Popolo d'Italia“ in riesigen Lettern: „Seit einiger Zeit wird das Gerücht verbreitet, daß Mussolini in der Schweiz vor 20 Jahren wegen eines gemeinen Verbrechens abgeurteilt worden sei. Senator Albertini, der Herausgeber des „Corriere della Sera“, welcher sich rühmt, den Text des Urteils zu besitzen, wird hiermit aufgefordert, sofort dies Dokument dem Senat zu übergeben, oder es in seinem Blatte zu veröffentlichen.“

Mit der Beilae: 7. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Finanzlage des Reichs

Das Programm des neuen Reichsfinanzministers
Im Haushaltsausschuß des Reichstags gab der neue Reichsfinanzminister von Schlieben eine eingehende Schilderung der finanziellen Lage und bereitete sich über sein Programm.

Gegenüber den Klagen der Wirtschaft über die starken steuerlichen Eingriffe der Finanzverwaltung wies der Minister darauf hin, daß es notwendig war, die auf ein Existenzminimum zurückgebrachten Reichsausgaben durch entsprechende Einnahme zu decken. In dem Mehrjahrsplan der verfloßenen neun Monate in Höhe von 1360 Millionen sind die Länder und Gemeinden mit rund 500 Millionen beteiligt, so daß ein Reichsüberschuß von rund 860 Millionen verbleibt. An außerordentlichen Einnahmen fließen dem Reich in dieser Zeit außerdem aus der Münzprägung 325 Millionen zu, so daß das Reich über Mehreinnahmen von ungefähr 1200 Millionen verfügt. Was die Verwendung der Zuschüsse anbetrifft, so stehen diesem kassenmäßigen Überschuß teils erledigte, teils bis zum Schluß des Etatsjahres zu erledigende Verpflichtungen des Reiches gegenüber. Der Reichsfinanzminister rechnet damit, daß nach Abwicklung aller Verpflichtungen Überschüsse nicht mehr vorhanden sind mit Ausnahme eines Betrages der auf 140 bis höchstens 200 Millionen zu beschränken sein werde und der den Betriebsfonds der Reichshauptkasse darstelle. Vor dem Kriege hatte das Reich einen festen Betriebsfonds von 600 Millionen. Trotz des Gebiets- und Bevölkerungsverlustes wurden aber die Gelbansprüche an die Finanzverwaltung viel größer.

Zu den Problemen, die neuerdings die Öffentlichkeit stark beschäftigen, gehören insbesondere die Beamtenfrage und die Aufwertungsfrage. Die Beamtenfrage als wichtigste Stütze des Staates muß jederzeit dienstfähig und dienstfähig erhalten werden. Das Reichsfinanzministerium legte dem Reichstag eine Denkschrift über die Gesamtentwicklung der Beamtenbesoldung vor. Dem Reichstag wird ferner demnach ein Entwurf des Gesetzes über die zweite Änderung der Personalabgabenordnung zugehen. Durch den Gesetzesentwurf soll die Anwendbarkeit der Abgabenartikeln weiter beschränkt werden. Die Aufwertungsfrage dürfe nicht allein von fiskalischen Interessen beherrscht sein, sondern es müsse auch die Förderung sozialer Gerechtigkeit unter Wahrung des Wohlstandes der wirtschaftlichen Kräfte erfüllt werden. Freilich muß bei der Regelung das Wohl des Volksganzen den Schädigungen Einzelner vorgehen und das Leistungsvermögen der Wirtschaft maßgebend sein. Wie sich die Reichsregierung die Lösung der Aufwertungsfrage denkt, wird aus dem dem Reichstage zugehenden Gesetzentwurf zu ersehen sein. Jedenfalls muß die Lösung für die Wirtschaft endgültig sein. Andernfalls würde immer wieder Beunruhigung in sie hineingetragen und ihre Arbeit und Kreditfähigkeit beeinträchtigt. Soweit die Leistungen in Verbindung mit der Aufwertung der öffentlichen Anleihen vollzogen seien, würden in erster Linie solche Personen, oder Anstalten zu berücksichtigen sein, die dem Vaterlande in der Zeit der höchsten Not ihre Ersparnisse oder Mittel zur Verfügung stellten, und unter diesen Personen diejenigen, die durch die Entwertung in Not geraten sind. Ein Anspruch auf Berücksichtigung sei ferner denen zuzuerkennen die unter dem Joch der Reichsschulden noch in der Zeit der Geldentwertung öffentliche Anleihen erworben. Entschieden werden würden dagegen bestehen, daß an diesen Vorteilen solche Kreise zum Nachteile der Verlustträger teilnahmen, die in spekulativer Absicht in der Spekulationsperiode mit geringen Mitteln große Anleiheposten kauften.

Es könne nicht Aufgabe der neuen Steuergesetzgebung sein, durch höhere Steuerlasten als die bisherigen große steuerliche Leistungen aus der Wirtschaft heraus zu ziehen. Viel näher gehe die Aufgabe in weitem Umfange gerade dahin, die aus der Inflationszeit stammenden überflüssigen Belastungen abzubauen und den wirklichen Wirtschaftsbetrag zu beteuern. Schwer einzuschätzen sei die Wirkung der Regelung des Finanzausgleichs auf den Etat. Nach der dritten Steuerabgabenordnung seien von Einkommen- und Körperschaftsteuern nicht weniger als 90 Prozent, von Umsatzsteuern 20 Prozent den Ländern und Gemeinden zu überweisen. Es sei ernstlich zu bedenken, ob hier nicht Einschränkungen notwendig erschein.

Der Gesamtbedarf des Reiches einschließlich der Ausgaben für Reparationszwecke werde sich in Summen bewegen, die mit etwa vier Milliarden Mark 1925 beginnen und bis 1930 auf mindestens 4900 Millionen steigen würden. Das ist in ansehnlicher der voraussichtlichen Steuereinnahmen ein außerordentlich trübes Bild. Der Haushalt für Kriegskosten zeige u. a. erstmalig eine Belastung des Deutschen Reiches durch Jahresleistungen auf Grund des Londoner Abkommens und des Sachverständigengutachtens, andererseits zeige sich eine wesentliche Entlastung infolge des Befalles derjenigen Ausgaben, die künftig aus der Jahresleistung Deutschlands durch den Generalagenten für die Reparationszahlungen zu befreien sind. Der Reichsfinanzminister sagte weiter, er glaube nicht, sich darin zu täuschen, daß wir jetzt in finanzieller Hinsicht an dem Wendepunkt stehen und daß deshalb den jetzt beginnenden Etatberatungen eine entscheidende Bedeutung zukomme.

In der Aussprache

fürte Müller-Franken (Soz.) an, daß wir wieder zu Etatberatungen kommen müßten, die uns einen Überblick über den tatsächlichen Stand der Finanzen geben. Das werde jedoch erst möglich sein, wenn einige Goldetatjahrgänge vor uns liegen, die auf ihrer Ist-Seite nicht geschätzte, sondern real eingekommene Einnahmen aufweisen.

Abg. Dr. Herzt (D.N.) sagte, für die zukünftige Finanzentwicklung sei zurzeit weder Pessimismus noch Optimismus berechtigt. Man müsse erst über Steuern und den Finanzausgleich klar sehen.

Staatssekretär Dr. Köpitz erklärte, es sei schwer, die Frage nach den finanziellen Erfolgen der Steuerermäßigungen zu beantworten, da sie sich erst zum größten Teil im Januar auswirkten. Bei der Lohnsteuer sei die Ermäßigung der Steuerlast durch Steigen der Gehälter und Löhne ausgeglichen, dagegen sei bei der eigentlichen Einkommensteuer, namentlich infolge der Minderungen und Stundungen für die Landwirtschaft, die Einnahme zurückgegangen.

Abg. Erling (Str.) betonte, es sei die falsche Vorstellung, als ob Deutschland in Geld schwimme, dadurch entstanden, daß man nur die Mehreinnahmen, aber nicht auch die Mehrausgaben mitgeteilt habe. Insbesondere hätte man sagen müssen, daß den Ländern anstatt der vorgesehenen 1800 Millionen in Wirklichkeit 2300 Millionen überwiesen worden seien.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) sieht trotz aller bedenkliehen Ausführungen der Regierung den Etat doch günstig an. Es sei ein Überblick in diesjährigen Etat zu erwarten und der nächste Etat werde balancieren. Der Reichstag werde genau zu prüfen haben, wo die Überschüsse geblieben sind. Insbesondere gelte das für die Aufwendungen für die Ruhrkämpfe. Ein überstarker Abbau der Umsatzsteuer sei nicht möglich, weil man die Einkommensteuer sonst nicht in Ordnung bringen könne. Das Verhältnis der finanziellen Beteiligung der Länder und Gemeinden an den Steuereinnahmen des Reiches müsse neu geregelt werden, neue Einnahmen müßten

dem Reich erschlossen werden, besonders durch die Post, der man ihre finanzielle Selbständigkeit wieder nehmen müsse. Das Branntweinmonopol sollte eine Einnahmequelle bilden, sonst müsse es verschwinden. Auch eine Reihe von Sparmaßnahmen sei erforderlich, dagegen müßten die Gehälter der unteren Beamten in ein richtiges Verhältnis zu denen der höheren Beamten gebracht werden, die gering bezahlten Lohn- und Gehaltsempfänger steuerlich entlastet, die Invaliden besser gestellt und die Erbauung von Kleinwohnungen gefördert werden.

Über einen sozialdemokratischen Antrag, der u. a. Nachprüfung der Aufenthaltsgenehmigungen fordert, soll heute abgestimmt werden.

Die Untersuchung der Finanzaffären

Die Aufenthaltsgenehmigungen für Kutischer und die Barmaat — Die Geschäfte der Preussischen Staatsbank — Heute Vernehmung Seeverings, Richters, Bauers usw.

Der preussische Untersuchungsausschuß beschäftigte sich auch am Mittwoch mit der Aufenthaltsgenehmigung für Kutischer und Barmaat. Der Vertreter des preussischen Ministeriums des Innern erklärte, daß bei dem Polizeipräsidenten festgestellt werden konnte, daß Kutischer schon am 10. Dezember 1918 nach Berlin zugereist war und am 1. Dezember 1919 erstmals polizeilich angemeldet wurde. Die Aufenthaltsgenehmigung für Ivan Kutischer sei von Geheimrat Müller erteilt worden. Der Vertreter des preussischen Innenministeriums verlas ein vom Privatbüro des Ministers Seevering am 23. November 1920 an den zuständigen Referenten des Ministeriums gerichtetes Schreiben in dem mitgeteilt wird, Reichsfinanzminister Bauer habe den Minister gebeten, sich dafür zu interessieren, daß der Familie Barmaat, die der holländischen Gesandtschaft angehöre, für die Durchreise von Russland nach Holland keine Schwierigkeiten gemacht würden. In Anbetracht der Tatsache machte der Vertreter des preussischen Innenministeriums gegen den entsprechenden Erlaß keine Bedenken geltend insbesondere seien keine Zweifel gegen die Richtigkeit der Angehörigkeit der Familie Barmaat zur holländischen Gesandtschaft aufgetaucht. Eine Nachprüfung sei nicht erfolgt wegen der Persönlichkeit, von der die Empfehlung ausging. Ministerialdirektor Abegg vom Innenministerium erklärte ferner, es wurde bei dem früheren Reichsfinanzminister Bauer angefragt, wie es möglich sei, daß eine solche Empfehlung zustande kam, und wie er habe mitteilen können, daß es sich bei den Barmaat um Angehörige der holländischen Gesandtschaft handelte. Bauer erwiderte, daß er solche Mitteilungen nicht gemacht habe und ihm schon damals bekannt gewesen sei, daß die Barmaat nicht holländischer Staatsangehörigkeit waren. Auch bei dem Auswärtigen Amt, das sich mit der Angelegenheit tatsächlich befaßt, sei angefragt worden. Auch dieses, das von Bauer angegangen worden sei, sei darüber unterrichtet gewesen, daß es sich nicht um holländische Staatsangehörigkeit handele.

Auf einen Hinweis des deutschen Abgeordneten Deereberg, daß auf Wunsch des Reichspräsidenten Barmaat von der deutschen Gesandtschaft in Haag am 22. Mai 1919 ein Dauersicherheitsausweis ausgestellt worden sei, erklärte Ministerialdirektor Abegg, der Polizeibehörde sei nichts davon bekannt. Auf die Frage, wie die Empfehlung des früheren Reichsfinanzministers Bauer ins Innenministerium gelangte, erklärte er, Bauer, der damals im Innenministerium war, habe sie wahrscheinlich mündlich vorgebracht. Der Ausschuß beschloß ferner, die genannten Personen, sowie den Freiherren von Maltzan, am 29. Januar zu laden. — Der Vertreter des Innenministeriums gibt hierauf Erklärungen über die Einreise der Gebrüder Barmaat ab. Julius Barmaat sei auf Empfehlung einer Reihe deutscher und holländischer Firmen und des Reichsfinanzministers Bauer im April 1922 bis auf weiteres die Aufenthaltsgenehmigung erteilt worden.

Finanzrat Bredendick äußerte sich ferner über die Geschäfte der preussischen Staatsbank mit Barmaat. Die Geschäftsverbindung sei im Mai 1923 auf Grund des Empfehlungsschreibens des Reichsfinanzministers a. D. Bauer vom sächsischen Gesandten Dr. Gradnauer aufgenommen worden. Diese Verträge seien an dem damaligen Staatsbankpräsidenten v. Dombas gerichtet gewesen. Finanzrat Bredendick verlas einen Brief des früheren Reichsfinanzministers Bauer an den Staatsbankpräsidenten, worin Barmaat als zuverlässiger und kreditwürdiger Geschäftsmann, der ihm als solcher seit vielen Jahren bekannt sei, bezeichnet wird, und der seine Verbindlichkeiten immer erfüllte. Der Brief des Gesandten Dr. Gradnauer, der mit dem Briefkopf des sächsischen Gesandten versehen war, enthielt ebenfalls eine Empfehlung Barmaat mit dem Hinweis, daß Barmaat zur Zeit von Gradnauers Ministerpräsidentschaft umfangreiche Geschäftsbeziehungen mit dem sächsischen Wirtschaftsministerium unterhielt. In dem Briefe äußert sich Gradnauer lobend über die Kreditwürdigkeit Barmaat. — Finanzrat Bredendick schilberte dann das Anwachsen der an Barmaat gegebenen Kredite, die sich Ende Mai 1924 auf über 10 Millionen Mark beliefen. Nachdem eine Rückzahlung von 24 Millionen Mark erfolgt war, seien von dem Sachbearbeiter Oberfinanzrat Dellwig, einige Werte aus dem Depot herausgegeben worden, wodurch sich die Deckung wesentlich verschlechterte. — Auf die Frage des Vorsitzenden erklärte Bredendick, daß Hellwig am 1. Oktober in den Dienst Barmaat übergetreten sei, aber noch am 15. September Sachbearbeiter im Falle Barmaat gewesen wäre.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen teilte der Präsident der Staatsbank, Schröder, mit: Bald nach Antritt meines Amtes war mir vom Finanzminister Richter ein Schreiben des Abg. Pehlmann vom 31. März 1924 übermittelt worden, in dem es heißt: „Sehr geehrter Herr Minister! Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie meinen Freund Julius Barmaat, einen Großkaufmann, der bisher mit der Preussischen Staatsbank in guten Geschäftsverbindungen gestanden hat, auch dem neuen Präsidenten der Staatsbank zu wohlwollender Berücksichtigung empfehlen würden“. Dieses Schreiben habe der Minister ihm mit einem Ansichreiben übermittelt und ihn gebeten, dem Anliegen Pehlmanns sein Interesse zu spenden und ihm vielleicht Gelegenheit zu einer persönlichen Unterredung zu gewähren.

Abg. Labandorf macht darauf aufmerksam, daß die größte Erhöhung der Barmaat-Kredite Ende 1923 erfolgte, als Präsident Schacht die Reichsbankrechte rüchrichtlos freerte und an der Börse schon die beunruhigenden Gerüchte über Barmaat kolportiert wurden. Wie Finanzrat Bredendick erklärte, war der Staatsbank nichts davon bekannt.

Der Vorsitzende Dr. Leibig, sagte das Ergebnis der Untersuchung dahin zusammen, daß auch im Falle Barmaat ein Sachbearbeiter — aus sachlichen oder unsachlichen Gründen — anstatt die Generaldirektion pflichtgemäß zu unterrichten, den Kredit über Gebühr erhöht habe.

Über den Fall Michael wird unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt.

In der auf heute nachmittag 4 Uhr anberaumten Verhandlung werden Minister Seevering, Polizeipräsident Rich-

ter, Reichsfinanzminister a. D. Bauer, Landtagsabgeordneter Deegmann, sächsischer Gesandter Dr. Gradnauer, die Sekretäre Seeverings und der erste Vorkensvertreter der Staatsbank benannt werden.

Eine neue Finanzaffäre

Das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß der Direktor der preussischen Landespfandbriefanstalt, Geheimrat Regierungsrat Rehring, unter Verzicht auf Pension und alle sonstigen Ämte ausgeschieden sei. Das Blatt veröffentlicht weiter eine aus Vantkeien stammende Zuschrift, wonach Geheimrat Regierungsrat Rehring unter Überschreitung seiner Befugnisse Geschäfte gemacht habe, die mit den eigentlichen Aufgaben der Landespfandbriefanstalt, nämlich die Vergabe von Geldern gegen erstklassige hypothetische Unterlagen, nichts zu tun gehabt und mit sehr großen Verlusten abgeschlossen hätte. Die Summe, um die die Landespfandbriefanstalt geschädigt worden sei, soll sich auf 3-5 Millionen M. belaufen.

Herriot über seine Politik

Auf den Spuren Poincarés

In der französischen Kammer sprach am Mittwoch Herriot über seine Außenpolitik. In der Vormittagsitzung führte er u. a. aus:

Die verschiedenen Regierungen, die in Frankreich aufeinander gefolgt sind, waren gezwungen, die Rechte Frankreichs einzufrieren. Als ich zur Regierung kam, habe ich alles mögliche getan, um das zu retten, was von diesen Rechten noch übrig geblieben ist. Sie loben immer nur die Ruhrbesetzung; gewiß, ich erkenne an, daß unsere Soldaten und Ingenieure trotz der Schwierigkeiten, die man ihnen bereitet, ihre Pflicht getan haben. Aber es ist leicht zu beweisen, daß die Ruhrbesetzung uns weniger eingebracht hat, als die Sachlieferungen, die zu unserer Verfügung gewesen waren und die entgegenzunehmen wir uns geweigert haben. Man kann die Ruhrbesetzung vom Reparations- und vom Sicherheitsstandpunkt aus betrachten. Was den letzteren anbetrifft, so frage ich Sie, wie man ohne Einschränkung und ohne Hintergedanken den Dawesplan hätte annehmen und zu gleicher Zeit die Ruhrbesetzung fortsetzen können. Was die Frage der Sicherheit anbetrifft, so erkläre ich, daß sie durch die Ruhrbesetzung nicht gewährleistet werden kann. Die Frage der Sicherheit liegt für Frankreich auf dem linken Rheinufer, was ich nachmittags in meiner Rede beweisen werde.

In der Nachmittagsitzung erklärte Herriot, Deutschland habe eine Note über die Kriegsverantwortlichkeit angekündigt. Wenn diese deutsche Note abgelehnt würde, würden sie sie nicht entgegennehmen. Diese Entschlossenheit habe es verhindert, daß diese Frage aufgeworfen wurde. Die französische Regierung habe alsdann die Note über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erhalten. Sie habe geantwortet, daß sie nur Vorteile erkennen könne, wenn Deutschland in diesen eintrete, aber unter der Bedingung, daß Deutschland keine Vorzugsbehandlung verlange. Herriot wandte sich dann der Frage der interalliierten Schulden zu. Er erklärte, Frankreich wolle seine Schulden nicht ablehnen, aber es habe auch das Recht zu erklären, daß es einen Appell an die Solidarität seiner Alliierten richten dürfe. Herriot wandte sich alsdann der Frage der Anerkennung der Sowjetregierung zu. Er erklärte, es sei unmöglich, Russland noch länger außerhalb der europäischen Gemeinschaft zu lassen. Die Außenpolitik der Sowjets imperialistisch sei oder nicht, man müsse mit ihr rechnen. Er müsse aber feierlich erklären, daß er eine Einmischung Russlands in die innere Politik Frankreichs nicht dulden werde.

Herriot besprach dann die Frage der Räumung der Räteregime. Niemals seien die Beziehungen zwischen Frankreich und England besser und herzlicher gewesen als jetzt. Herriot betonte, am Rhein liege die letzte Bedingung für die Sicherheit Frankreichs. Wenn Frankreich am Relfrieden mitarbeiten solle, dann müsse zuerst seine Sicherheit garantiert sein. Herriot untersuchte dann die Bestimmungen des Vertrags von Versailles und setzte ihnen die angeblichen deutschen Verletzungen gegenüber. Er sprach von der Ausbildung junger Rekruten und Reservisten. Eine der ersten Fragen sei die Frage der deutschen Polizei. Im Jahre 1913 habe die deutsche Polizei 50 000 Mann Komunalpolizisten und 27 000 Staatspolizisten umfaßt. Er fürchte, daß Frankreich 1920 einem Mann über Deutschlands zum Opfer gefallen sei. Deutschland habe damals gefordert, die Stärke seiner Reichswehr von 100 000 auf 200 000 Mann erhöhen zu dürfen. Das sei ihm verweigert worden. Die Alliierten hätten indes gestattet, seine Polizei von 90 000 Mann auf 150 000 Mann zu erhöhen, aber verlangt, daß sie keinen militärischen Charakter tragen dürfe.

Deutschland habe diese Verpflichtung nicht erfüllt. In die Stelle der alten Polizei sei eine Polizei militärischen Charakters getreten, deren Helmbügel und Waffengewehre auch für das Meer nutzbar gemacht werden könnten. Die Schiffe umfasse 5000 Offiziere des alten Heeres und unterhalte einen Generalstab im Ministerium des Innern. In Bezug auf den Stand der deutschen Entwaffnung erinnerte Herriot daran, daß durch die Kontrollkommission 37 000 Kanonen, 87 000 Maschinengewehre, 4 500 000 Gewehre und 85 Millionen Patronen zerstört worden seien. Was Deutschland zurückbehalten habe, wisse man nicht. Man könnte es aber daran erkennen, was man entdeckt habe. Die Militärfabriken in Spandau an anderwärts hätten Waffen und Maschinen in Menge hergestellt. Krupp habe sich bisher verweigert, Maschinen zur Herstellung weittragender Geschütze zu zerstören. Auch habe man die Reichswehr und die Reserve in Deutschland wieder hergestellt, das die wahre Verantwortung für den Krieg trage. Deutschland habe entgegen dem Versailler Vertrag seinen Generalstab wieder hergestellt unter der Leitung eines Generalissimus mit einer außerordentlich vollkommenen Technik. Ministerpräsident Herriot erwähnte dann eine angebliche Äußerung des Generals von Seekt, die militärischen Führer müßten sich darauf vorbereiten, eine mächtige moderne Armee zu beschließen. Der alte militärische Geist sei in Deutschland nicht verschwunden.

Man müsse die politische Lage in Deutschland in Rechnung stellen. Die Reichstagswahlen könnten nicht als ein Faustschlag ins Gesicht Frankreich bezeichnet werden, jedoch habe die Rechte an Stimmen gewonnen (!) Allerdings hätten auch die Sozialdemokraten mehr Stimmen erhalten, aber könnte man behaupten, daß ihr Erfolg die Kräfte der militärischen Reaktion neutralisierten? Bei den Alldeutschen und den Rechtsparteien weitere man fortwährend gegen den Versailler Friedensvertrag. Während zwischen Frankreich und Deutschland nur von wirtschaftlicher Annäherung gesprochen werden sollte, antwortete man Frankreich mit hasserfüllten Worten. Das sage ich unseren Alliierten und Freunden auch in Italien. — Die österreichischen Sozialdemokraten haben und gesagt, daß Deutschland ihr Land annektieren wolle. (!) Man müsse sich in Acht nehmen, vor jenen, die in Bayern auf Pilsnantoffeln heranzuschleichen, welche für den großen Welt-

Krieg mitverantwortlich sind. Vielleicht haben unsere englischen Freunde unrecht getan, die Rückkehr des Kronprinzen so leicht hinzunehmen. Ich sage ausdrücklich „vielleicht“. Vielleicht habe ich selbst unrecht getan, daß ich vom Reichsgericht in Leipzig die Kriegsschuldigen habe aburteilen lassen. Herrriot sprach auch von dem ehemaligen deutschen Kaiser. Es sei unmoralisch, daß der, der den Krieg entfesselt und genächt hat, jetzt ein beschauliches Leben führe. Wenn man die Kleinen opfern und die Großen nicht bestrafe, beruhige man die Wölfer nicht, und die Unmoral würde dadurch ermöglicht. Deshalb müsse er den Freunden Frankreichs zurufen: „Rehmt Euch in acht!“

Gerriot sagte zum Schluß seiner Rede: „Ich habe mit tiefer und innerer Überzeugung gesprochen und ohne Leidenschaft und Haß. Frankreich kennt keinen Haß. Meine Politik ist darauf gerichtet, dem Wiederaufbau Europas zu dienen und mein schärfster Wunsch ist, daß eines Tages die Vereinigten Staaten von Europa gegründet werden. Möge dies durch den Völkerverbund geschehen, aber es darf nicht sein, daß auf der einen Seite eine großmütige Demokratie steht, die leicht begibt, und auf der anderen Seite eine Demokratie, die ihre Pflicht nicht erfüllt. Ich will den Frieden Europas und der Welt, aber ich fordere zunächst die Sicherheit meines Landes.“

Nach dem Bericht der Agentur Havas hätten sämtliche Kammermitglieder außer den Kommunisten starken Beifall.

Politische Neuigkeiten

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

bleiben weiter in der Schwebe. Staatssekretär Trendelenburg ist von Paris nach Berlin zu Besprechungen mit der Reichsregierung abgereist. Die Berliner Blätter bezeichnen die französische Antwort auf die Rückfragen, welche die deutsche Delegation in Paris am letzten Freitag gestellt hatte, als sehr unbefriedigend. Die französischen Jugendämter seien so minimal, daß es der deutschen Wirtschaft unmöglich erscheine, sie anzunehmen. Der französische Handelsminister habe für das vorgeschlagene Provisorium Listen aufgestellt, auf Grund deren nur für solche Waren der französische Minimalzolltarif Anwendung finden solle, welche für eine Ausfuhr nach Frankreich kaum in Frage kommen, während diejenigen Waren, an deren Ausfuhr die deutsche Wirtschaft interessiert sei, unter den höchsten Zollsätzen verbleiben. Wie die Blätter bemerken, wird eine Entscheidung über die französischen Vorschläge erst nach der Berichterstattung des Staatssekretärs Trendelenburg an das Reichskabinett zu erwarten sein.

Der thüringische Landtag

beschäftigte sich mit dem Antrag der Nationalsozialisten, die Nichtbürger der kleineren Zone betreffend. Die Vertreter sämtlicher bürgerlichen Parteien äußerten sich zustimmend zu dem Antrag, ebenso Staatsminister Leutheuser, der auf die große Erregung hinwies, welche die Nichtbürger hervorgerufen hätte. Es sei unverantwortlich vor der Entente, die deutsche Abweisung zu betreiben. Der Minister gab den Gefühlen der hiesigen Partei gegenüber der bedrängten Bevölkerung im besetzten Gebiete noch besonders Ausdruck. Der sozialdemokratische Abgeordnete Fröhlich führte u. a. aus, der Antrag sei geeignet, die Spannung zwischen Deutschland und der Entente zu verschärfen und bedeute deshalb keinen Weg, der Bevölkerung der besetzten Gebiete zu helfen. Man müsse versuchen, alles durch Verständigung zu erreichen. Auch für die Aufstellung der Schulfrage sei jetzt nicht der geeignete Zeitpunkt. Ein kommunalistischer Redner sprach von dem „verlogenen“ Protestrummel. Die Abstimmung über den Antrag findet in einer späteren Sitzung statt.

Kurze Nachrichten

Der Präsident der Österreichischen Nationalbank Dr. Reich ist in Berlin eingetroffen und hat die beabsichtigten Besprechungen mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht aufgenommen.

Revolveranschlag gegen den ungarischen Reichsverweser. Mittwoch abend wurde auf der Eisenbahnstation Vecses in der Nähe von Budapest gegen den Salonwagen des Reichsverwesers Gorthy ein Revolverattentat verübt. Beim Gange des Zuges fiel aus einem in der Nähe befindlichen Bauernhaus ein Revolvergeschuß, der den zweiten Salonwagen Gorthy traf. Gorthy ist nicht verletzt worden. Er ist inzwischen in Budapest eingetroffen. Die sofort aufgenommenen Ermittlungen führten noch nicht zur Feststellung des Täters.

Kämpfe unter der Rifkysten. Nach einer Meldung des Pariser „Journal“ aus Madrid, hat das spanische Kriegsmilitär um Marokko die Nachricht erhalten, daß heftige Kämpfe zwischen Rifkisten und Abd-el-Krim stattgefunden haben, in denen Marokko und einer seiner Führer von Abd-el-Krim gefangen genommen worden seien. Die spanischen Behörden hätten strengste Maßnahmen ergriffen, um eine Rückwirkung auf die Lage der spanischen Truppen zu vermeiden.

Bücheranzeigen

Das Ding. Eine Einführung in das Substanzproblem. 1. Die Dinge der Naturwissenschaft. Von Prof. R. Wierlich. (Wissen und Wirken Band 15.) Karlsruhe 1924. Verlag G. Braun, G. m. b. H. Preis 1 Mark.

Die aufregenden Nachrichten über zur Wirklichkeit gewordenen Atomkristalle machen es notwendig, daß jeder Gebildete die Grundbegriffe der naturwissenschaftlichen Dinge kritisch betrachtet lernt. Verhältnismäßig sehr wenige Menschen ahnen, wie stark die Philosophie und das gesamte Kulturleben von den wissenschaftlichen Gedanken befruchtet worden sind.

In dem Büchlein „Die Dinge der Naturwissenschaft“, dem 1. Teil der Untersuchung über „Das Ding“ versucht der Verfasser, seinen Lesern die Augen für die unermeßlich hohen Werte naturwissenschaftlicher Geistesarbeit zu öffnen und vor allem auf die Schlüsselpunkte zu weisen. Ausgehend von dem Dingbegriff des täglichen Lebens schildert er mit sachlichem Ernst, aber ohne langweilig belehrenden Ton, das Entstehen und den dauernden Wandel im Dingbegriff der Naturwissenschaften, um dann eine Reihe der wichtigsten Einzelheiten kritisch zu beleuchten.

Zeitschriftenschau

Lustige Blätter. Die sieben erscheinende Variete-Nummer (Heft 3) der Lustigen Blätter enthält wieder eine Fülle humorvoller Textbeiträge aus der Feder beliebter Autoren wie Rudolf Kressler, Alexander Moszkowski, Georg Bühlenschulte, E. R. Noellingshoff u. a., sowie urkomische Variete-Szenen von den bekannten Autoren Fick, Peterfen, Wellner, Krauß, Gebauer treffend in Wille festgehalten. Alles in allem wird hier Stoff für eine köstlich-bergaugte Stunde geboten.

Badischer Teil

Die Tarifpolitik der Reichsbahn

Die badische Wirtschaft hat, wie bekannt, in ihrem Kampfe um die Wasserumschlagstarife auch Stellung genommen gegen eine von der Reichsbahndirektion Karlsruhe veranstaltete Kundfrage bei den oberbadischen Handelskammern, welche die Annahme einer beabsichtigten Ausdehnung der Seehafentarife auf Getreide rechtfertigte. Die Handelskammer Mannheim hat von der Reichsbahn Aufschluß über die Absichten verlangt, die die Reichsbahn bei ihrer Umfrage bei den oberbadischen Handelskammern leitete. Daraufhin hat die Reichsbahndirektion Karlsruhe eine Erklärung des Inhalts abgegeben, der Seehafentarifsausschuß, von dem die Umfrage veranlaßt worden sei, beabsichtige, möglichst vollständige Unterlagen darüber zu erhalten, wieviel Getreide auf ausländischen Eisenbahnwagen nach Oberbaden eingeführt werde und von welchem Auslandslande es stamme. Wenn bei der Umfrage der Reichsbahn besonders darnach gefragt worden sei, ob man diese Auslandsmengen durch einen Seehafentarif den deutschen Seehäfen gewinnen könne, so folge daraus in keiner Weise, daß der Seehafentarifsausschuß einen solchen Seehafentarif etwa beschließen hätte oder gar daß die Reichsbahndirektion Karlsruhe auf dieses Ziel hinaus wollte. Die Reichsbahndirektion habe vielmehr erwartet, daß ihr gerade auf diese Frage die Antwort und das nötige Beweismaterial dafür gegeben werde, daß nur ein Wasserumschlagtarif Aussicht auf Erfolg bieten könne.

So sehr es einerseits angeht, daß von der badischen Regierung wie von der badischen Wirtschaft seit Jahren vorgebrachten Beweismaterialien für die Notwendigkeit einer beschleunigten Herbeiführung von Wasserumschlagtarifen bedenklich ist, daß die Reichsbahndirektion noch Material für ihre Unterstüßung der badischen Rheinverfehrspolitik erwartet, so sehr wird man die auch bei dieser Gelegenheit zu Tage tretende positive Einstellung der Reichsbahndirektion Karlsruhe zur Vertretung und Durchsetzung der Interessen der badischen Rheinhäfen begrüßen.

Herstellung u. Verkauf von Äthylengasapparaten

Äthylengasapparate, insbesondere Schweißapparate, die amtlich zugelassen waren, zum Betrieb aufgestellt, vorgeführt, oder zum Verkauf angeboten wurden. Es scheint daher nötig, die Hersteller und Verkäufer solcher Apparate erneut auf die Bestimmungen der bad. Äthylengasverordnung vom 10. April 1924 (Ges. u. V. M. S. 95) hinzuweisen, um ihnen Unannehmlichkeiten zu ersparen.

Im § 1 Ziffer 1 der genannten Verordnung heißt es: „Wer Äthylengas herstellt oder als Gasumwandlungsmittel lagern will, hat dies spätestens beim Betriebsbeginn dem Bezirksamt anzuzeigen, in dessen Bezirk der Betrieb oder die Lagerung stattfinden soll. Wenn ein beständiger Betriebsort nicht angegeben werden kann, ist der Wohnsitz des Betriebsunternehmers maßgebend. Daneben sind die Verkäufer von Äthylengasapparaten verpflichtet, diejenigen Personen oder Firmen, welche die Apparate zum Zwecke der Herstellung von Äthylengas erwerben, der genannten Behörde spätestens bei der Ablieferung zu bezeichnen.“

Mit der Anmeldung durch den Betriebsunternehmer sind 2 Bescheinigungen, die auch Angaben des Fabrikbildes enthalten müssen, und 2 Schnittzeichnungen des Entwicklers mit Zubehör, sowie bei Aufstellung in besonderen Entwicklungsräumen je 2 Planrisse und Lagerpläne des Aufstellungsraumes, vorzulegen.

Weitere Beachtung muß dem § 4 der genannten Verordnung geschenkt werden, der bestimmt, daß die Zulassung der Bauart der einzelnen Äthylengasapparate aufgrund einer besonderen Prüfung erforderlich ist für:

1. Äthylengasentwickler bis zu einer Höchstdruckleistung von 10 kg. Karbid und bis zu einer Höchstdruckleistung von 6000 Liter Äthylengas, die zu technischen Zwecken auch in Arbeitsräumen oder zu besonderen Beleuchtungszwecken benutzt werden sollen;
2. die im § 19 Ziffer 4 und 5 genannten Entwickler (freizügige Kleinentwickler und Äthylengasfäden);
3. Wasserzweigen oder andere Sicherheitsvorrichtungen, die gleichen Zwecken dienen.

Für die Prüfung der Apparate ist eine besondere Prüfungsordnung erlassen.

Über das Ergebnis der Prüfung wird eine Bescheinigung ausgestellt, in der dem Antragsteller eine Zulassungsnummer für die Bauart des geprüften Entwicklers oder der Sicherheitsvorrichtung erteilt wird. Die Zulassung und gegebenenfalls auch die Zurückziehung einer Zulassung erfolgt durch den deutschen Äthylengasausschuß, an den die entsprechenden Gesuche eingereicht werden müssen. Wenn Zurückziehungen von Zulassungen erfolgen, so werden sie im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht.

Badisches Gesetz für Beamtenriedlung?

Das Heimstättenamt der badischen Beamenschaft hat gemeinsam mit dem Badischen Bauverbund G. m. b. H. in Karlsruhe und den Spitzenorganisationen der badischen Beamten und Lehrer eine dringende Eingabe an den badischen Landtag gerichtet, in der sofortige Maßnahmen zur Schaffung eines badischen Gesetzes für Beamtenriedlung im Sinne der Beamten-Siedlungsverordnung des Reiches verlangt werden. Mit letzterem hat man im Reich so gute Erfahrungen gemacht — über 2000 Heimstätten wurden auf ihrer Grundlage in den letzten 6 Monaten finanziert —, daß deren Übertragung auf Baden für die badischen Staatsbeamten und Lehrer eine dringende Forderung ist. Hier ist ein Weg sozialer Hilfe gezeigt, der nicht nur den beteiligten Beamten zugute kommt, sondern durch seinen Einfluß auf den allgemeinen Wohnungsmarkt zur Linderung der Wohnungsnot beiträgt und so der Gesamtheit des Volkes Segen bringt.

Tagungen

Der Landesverband denkt am 23.—25. Februar 1925 eine 2. bad. Tagung für alkoholfreie Jugendberziehung in Karlsruhe zu veranstalten. Als Teilnehmer sind dieses mal neben Lehrern und Geistlichen auch Schulärzte, Turn- und Sportsleiter und Jugendführer geladen. Den Turn- und Sportsleuten wird ein besonderer Nachmittag geboten mit dem Thema „Alkoholisierung und Sportfähigkeit“. Da Behörden und freien Verbände schon jetzt dafür reges Interesse haben, dürfte der Besuch wie bei der ersten Tagung im Jahre 1921 ein guter werden.

Kommunale Rundschau

Ausstellungshallen. In der letzten Mannheimer Stadtratssitzung wurde die Errichtung einer Ausstellungshalle an der Seidenheimer Straße nach dem Projekt des Hochbauamts vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses genehmigt. Die Kosten für Errichtung der Halle und für Herstellung der Ausstellungsvorplätze betragen rund 300 000 Mark, welche aus Anleihen aufzubringen sind.

In der Angelegenheit des Pforzheimer Schauspielhauses hat der Stadtrat dahin entschieden, daß die Stadtverwaltung keinen Anlaß habe, von dem Besitzer des Gebäudes abgebrochenen Vertrag zurückzutreten.

Bei der Bürgermeisterwahl in Heinsheim ist Landwirt Georg Müllig nahezu einstimmig zum Bürgermeister gewählt worden.

Kommunales aus Bilingen. Nach der neuesten Statistik beträgt der Grundbesitz der Stadtgemeinde Bilingen 4671 Hektar, darunter 3884 Hektar städtischer Wald. Leider steht diesem reichen Waldbesitz ein sehr starker Mangel an Steuerkapitalien gegenüber. — Die Restauration zum Schlachthof hier ging zum Preise von 52 000 Mark aus dem Besitz des Brauereibesetzers Schilling käuflich in den Besitz des seitherigen Pächters Honold über.

Der Stadtrat Konstanz beschloß auf Vorschlag des Bauausschusses, durch Erlass einer ortspolizeilichen Vorschrift, Einheitsmaße für die Klebrichtabfuhr einzuführen. Diese Einheitsmaße werden erstmals von der Stadt beschafft und den Haushaltungen zur Verfügung gestellt. Die Anschaffungskosten werden von den Haushaltungen gleichzeitig mit den Gas- und Stromgeldern in Monatsraten eingezogen, so daß die Lasten der Stadt für Beschaffung der Eimer bis zum Beginn des nächsten Jahres gedeckt sind.

Aus der Landeshauptstadt

5. Sinfoniekonzert des Landestheaters. Die Vortragsfolge des fünften Sinfoniekonzerts, das Montag, den 2. Februar abends 8 Uhr im Landestheater stattfindet, bringt wiederum einige interessante Novitäten. Zum ersten Male erscheint ein Werk des in Darmstadt wirkenden Komponisten Joseph Rosenfeld im Rahmen dieser Konzerte. Mit seiner „Overtüre zu einem heiteren Spiel“ (op. 5) hat dieser der jüngeren ringenden Komponistengeneration angehörende Komponist ein Konzertstück geschaffen, das es verdient, in deutschen Konzertsälen propagiert zu werden. Sodann gelangt ein neues Violinkonzert von Max Trapp-Berlin mit Prof. Gustav Havemann-Berlin als Solisten zur Erläuterung. Max Trapp, der sein Werk persönlich dirigieren wird, ist in Berliner Musikkreisen sehr geschätzt und bekannt. Richard Strauß hat u. a. noch in einem der Sinfoniekonzerte der Staatsoperkapelle eine Sinfonie giocosa mit großem Erfolg aufgeführt, auch eine Sinfonie in h-moll, die Wilhelm Furtwängler vor zwei Jahren in einem Philharmonischen Konzert aus der Taufe hob, hinterließ sehr starken Eindruck, zumal der etwa 40jährige Komponist ähnlich wie sein Wegbereiter Strauß über eine gewisse Leichtigkeit des Werts und eine souveräne Beherrschung des technischen Nützezeugs verfügt. Auch daß Prof. Gustav Havemann, einer der bedeutendsten Geigenvirtuosen der Gegenwart und zugleich ein mutiger Pionier der zeitgenössischen Musik, sich gerade dieses Werkes auf seinen Konzertreisen angenommen hat, spricht sehr zu dessen Gunsten. Das sinfonische Hauptwerk des Abends bildet die längst anerkannte und durch ihren programmatischen Inhalt berühmte gewordene fantastische Sinfonie von Hector Berlioz. Es sei daran erinnert, daß dieser geistreiche Franzose von seinen Anfängen an in Deutschland weit mehr als in Frankreich gefördert wurde, daß er selbst wiederholt seiner dankbaren Verehrung der deutschen Musiker und Komponisten offen Ausdruck gab und nicht zuletzt die Entwicklung des modernen Orchesterapparates bis zu Bizet und Strauß veranlaßte wie auch die Periode der programmatischen Musik, überhaupt die des ganzen 19. Jahrhunderts beherrschte. Alle diese Tatsachen rechtfertigen die Wiederaufführung eines Werkes, dem allein schon musikhistorisch entscheidende Bedeutung zukommt. Am Dirigentenpult wird Staatskapellmeister Alfred Lorenz stehen.

Landestheater. Frank Wedekind veröffentlicht den grotesken Schwank „Liebestrauß“, dessen Uraufführung am Samstag, den 31. Januar stattfindet, bereits im Jahre 1899. Das Stück gehört somit der Frühperiode seines Schaffens an, zeigt aber schon alle charakteristischen und unverkennbaren Merkmale Wedekindschen Geistes: den grotesken Humor seiner bizarren Einfälle, die dämonische Lust an exzentrischer Charakteristik und die ironische Grimasse des Weltverächters, der über traditionelle Kunstformen hinweg mit souveränem Troß seinen eigenen Weg sucht, unbekümmert um Tadel oder Zustimmung der verehrlichen Zeitgenossen. So dürfte der „Liebestrauß“, da er im übrigen zu den relativ gutartigen Satiren des sonst so gefürchteten Spötters gehört, gerade in den Wochen vor der Prüfung eine willkommene Gabe sein. — Das „Neu-Deutsche Theater“ — Der blaue Vogel, — das durch sein vorjähriges Gastspiel noch in bester Erinnerung sein dürfte, wird am 12. und 13. Februar im Konzerthaus zwei Vorstellungen geben. Die musikalische Leitung hat E. Rogan, die szenische W. Preobraschensky.

Warnung vor einer Schwindlerin. In Oberbaden ist in letzter Zeit wieder eine bekannte und schwer bestrafte Betrügerin als Frau Beegers aus Amsterdam aufgetreten, die sich auch Witwe Müller nennt. Sie renommieret mit ihrem Reichtum, sucht Quartier für ihre Tochter und sich zu einem späteren Kuraufenthalt und berichtet es, Hotelbesitzer und Personale zu betrogen. Sie ist 46 Jahre alt, 1,62 Meter groß, dunkelblond und ist mit Plüschhut, Plüschmantel, Samtrock und grünem Bolzjumper bekleidet. Ihr Erscheinen wird zweckmäßigerweise sofort der nächsten Polizei- oder Gendarmeriestelle zur Veranlassung der Festnahme mitgeteilt.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. Zauerhofsheim, 28. Jan. Die Maul- und Klauenpest ist neuerlich in Benthelm und Koppenhäusen ausgebrochen. Über beide Gemartungen wurde die Sperre verhängt.

D. Bretten, 28. Jan. Bei einem in Mönzesheim verendeten Hund des Gottfr. Gabriel ist Tollwut festgestellt worden. Das Bezirksamt Bretten hat deshalb Sperre bis Ende März d. J. in folgenden Gemeinden angeordnet: Im Bezirk Bretten: Mönzesheim, Bahnbrüden, Gochsheim, Flehingen, Sickingen, Oberader, Kirnbach, Jänsenhäusen, Bauerbach, Büchig und Reibshelm; im Amtsbezirk Bruchsal: die Gemeinden Landshausen, Mönzingen, Neuenbürg, Ober-Lwisheim, Unter-Lwisheim, Heidesheim und Helmsheim.

* Rastatt, 28. Jan. Wie die „Bad. Presse“ aus Rastatt meldet, erhielt der seit einigen Jahren aus dem Elßak ausgewiesene und seit der Zeit hier wohnende Jakob Schmidt von der Münsterberger Untersuchungskommission die Papiere seines seit 3 Jahren verschollenen Sohnes. Auch er ist somit ein Opfer des Münsterberger Massenmörders geworden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Zeitungsnotierungen

	23. Jan.		23. Jan.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.04	169.46	169.19	169.61
Kopenhagen 100 Kr.	74.06	75.24	75.06	76.24
Stapel . . . 100 R.	17.50	17.54	17.58	17.62
London . . . 1 Pf.	20.11	20.16	20.13	20.18
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	22.72	22.78	22.76	22.82
Schweiz . . . 100 Fr.	80.95	81.15	80.98	81.18
Wien . . . 100 Kr.	5.90	5.92	5.90	5.92
Brag . . . 100 Kr.	12.48	12.52	12.46	12.50

Karlsruher Börse. (23. Jan. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Bei weiterem Anhalten der Festigkeit an den auswärtigen Börsen ist auch der hiesige Markt sehr fest. Der Besuch läßt nichts zu wünschen übrig, doch greift der Konsum immer noch sehr zögernd ein. Weizen neue Ernte handelsüblich 27,5—28,5, Roggen neue Ernte gesund handelsüblich 26,5—27, Sommergerste je nach Qualität 30—36, Hafer neue Ernte 19—21,5, ausgesprochen minderwertige Ware entsprechend billiger. Plata-Mais mit Sack 23,75—24, Jugoslavischer Mais (Iose) 22,75, Weizenmehl Mühlenerforderung 44,75 bis 45, Roggenmehl Mühlenerforderung 42—42,5, zur Abnahme fähiges Mehl billiger erhältlich. Weizen- und Roggenfuttermehl 17,25—17,5, Weizen- und Roggenkleie 15,5, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Viertreber 22,5—23,5, Malzkeime 18,5—19, Speisefarbstoff gelbfleischig 5,75—6,25, Hafermehl 17,25—17,5, Weizen- und Roggenmehl druckgepreßt 5 bis 6, alles per 100 Kilo, Mühlenerforderung, Mais, Viertreber und Malzkeime mit Getreide ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe, Wagonpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. Weine und Spirituosen: Bei starkem Besuch war die Stimmung recht uneinheitlich. In Weinen, besonders in Badischen und Pfälzern, konnten befestigte Preise festgestellt werden. In Spirituosen dagegen war die Tendenz allgemein flau bei einer nicht unbedeutlichen Ermäßigung der Preise, besonders für Rohbrandtwein. Konsumwaren: Preise kaum verändert. Salaisl etwas schwächer.

Mohr & Wienenberger, Aktiengesellschaft für Bijouterie- und Kettenfabrikation in Pforzheim. Die Gesellschaft beruft auf den 26. Februar eine Generalversammlung, der vorge-

Bekanntmachung.

Die Erhaltung einer Bewässerungsanlage für die Rheiniederungswiesen von Amlingen bis Leopoldshafen und die Bildung einer Wassergenossenschaft — Gardwiesengenossenschaft — mit dem Sitz in Eggenstein.

Die Gemeinden Amlingen, Teutschneureut, Eggenstein und Leopoldshafen beabsichtigen die Abwässer der Stadt Karlsruhe zu verwenden. Es soll das Landgrabenwasser dem Hochgebirge entlang vom Karlsruher Klärwerk bis zum Ort Leopoldshafen zur Bewässerung der gemeindeeigenen Rheiniederungswiesen ausgenutzt werden. Dazu sind gemeinsame Bewässerungsanlagen nötig. Es ist deshalb einestheils die Verbesserung oder Änderung bereits vorhandener Anlagen auf den Gemarkungen Amlingen und Teutschneureut, andernteils die Einrichtung neuer Bewässerungsanlagen auf den Gemarkungen Teutschneureut, Eggenstein und Leopoldshafen beabsichtigt.

Der Bürgermeister von Teutschneureut als Empfangsberechtiger für die zu bildende Wassergenossenschaft hat über die Ausführung der Bewässerungsanlage Beschreibung und Pläne dabei eingereicht. Er bittet namens der beteiligten Gemeinden um Berücksichtigung des Rechts, alles im Karlsruher Landgraben anfallende Wasser, soweit es nicht rechtmäßig anderweit Verwendung findet, zur Bewässerung der Rheiniederungswiesen benutzen und das Abwasser in die in den Plänen näher angegebenen Vorfluter einzuleiten zu dürfen. Beschreibung und Pläne für diese Bewässerungsanlage liegen zur Einsicht der Beteiligten sowohl beim Bezirksamt Karlsruhe — Zimmer 29 — wie in den Rathhäusern Teutschneureut, Eggenstein und Leopoldshafen auf. 3.251

Eventuelle Einwendungen gegen die geplante Bewässerungsanlage sind bei dem Bezirksamt Karlsruhe oder den Gemeinderäten der genannten Orte innerhalb zwei Wochen vom Ablauf des Tages an vorzubringen, an welchem die diese Bekanntmachung enthaltende Zeitungsnnummer ausgegeben wird, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als verjährt gelten. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 8. April 1913 kraft besonderer privatrechtlicher Titel an den öffentlichen Gewässern oder natürlichen nicht öffentlichen Wasserläufen begründeten Rechte nunmehr als dem öffentlichen Recht angehörige Nutzungsrechte zu betrachten sind (§ 113 Satz 2 des Wassergesetzes), und daß daher auf solche Rechte sich stützende Einwendungen, falls sie innerhalb der festgesetzten Frist nicht vorgebracht werden, ebenfalls als verjährt gelten. D.3.10. Karlsruhe, 26. Januar 1925. Bezirksamt Abt. II a.

Harmonium

2 Reg. Mark 220.—
9 Reg. Mark 275.—
13 Reg. Mark 380.—
Zahlungserleichterung
Frankfurter

Pianohaus Lang

Kaiserstraße 167/1
Salamanderschuhhaus
Telephon 1073 948

Tüchtige Leute

heißt ein
Triebel & Jurisch
Gotha i. Thür.
Bewerbungen 20 Pf. für
Unkosten beifügen.

Perfekter

Buchhalter

sucht Stelle in Gemeindeverwaltung oder Stadtkasse. Derselbe ist in der Lage, selbständig G.-Rechnungen zu stellen. Angebote unter D. 982 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Rechnungsjsteller

übernimmt Stellen von Gemeinberechnungen usw. Angebote unter D. 981 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

3.247. Karlsruhe. Über das Vermögen des Kaufmanns Franz Goddapp in Karlsruhe, Uhländstraße 44, wurde heute am 27. Jan. 1925, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da Zahlungsunfähigkeit nachgewiesen ist. Der Dipl.-Kaufmann Eng in Karlsruhe, Wachsstr. 32, wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 25. Februar 1925 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Verbeibaltung

schlagen werden soll die 8 Millionen Stammaktien auf 1.600.000 Mark umzustellen, hiernach die Stammaktie von 1000 Mark auf 200 Mark; die 500.000 Mark Vorzugsaktien sollen auf 25.000 Mark abgestempelt und gleichzeitig in Stammaktien umgewandelt werden, so daß sich nach der Umstellung ein einheitliches Kapital von 1.625.000 Mark ergibt. Der ordentlichen Reserve sollen 250.000 Mark zugewiesen werden.

Staatsanzeiger

Fortbildungskurse für Gemeindepolizisten an der Polizeischule in Karlsruhe betr.

An die Herren Landeskommissäre und an die Bezirksämter. Der 6. Fortbildungslehrgang für Gemeindepolizistenbeamte auf der Polizeischule in Karlsruhe wird vom 20. April bis 9. Mai 1925 unter den gleichen Bedingungen wie bei den vorhergegangenen Kursen stattfinden.

Die in Betracht kommenden Städte und Gemeinden wollen auf den Lehrgang noch besonders hingewiesen werden. Die Anmeldungen der Gemeindepolizistenbeamten sind durch die dortige Vermittlung bis spätestens 6. April 1925 hierher vorzulegen.

Karlsruhe, den 23. Januar 1925.
Der Minister des Innern
J. v. Loers.

Der deutschen Bücherei in Leipzig wurde die Erlaubnis zum Rosbtrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 20. Januar 1925.
Der Minister des Innern
Kemmerle.

Dem bayerischen Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose wurde die Erlaubnis zum Rosbtrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 20. Januar 1925.
Der Minister des Innern
Kemmerle.

Bekanntmachung.
Die Vereinigung der abgeordneten Gemarkung Grünwald mit der Gemeinde Holzschlag.

Der zwischen der abgeordneten Gemarkung Grünwald und der Gemeinde Holzschlag, Amtsbezirk Neustadt i. Schwarzwald abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinigung der

abgeordneten Gemarkung mit der Gemeinde Holzschlag mit Wirkung vom 1. Januar 1925 wurde die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 23. Januar 1925.
Der Minister des Innern
Kemmerle.

Öffentliche Aufforderung

Durch Urkunde der früheren Domänendirektion vom 28. Februar 1894 ist die Berechtigung verliehen worden, zur Gewinnung von Kupfer- und Schwefelzelen in der Gemarkung Schriesheim ein Bergwerk und den Namen Anna Elisabeth zu betreiben. Als Eigentümer dieses Bergwerks sind im Bergwerksgrundbuch des Grundbuchamts Badenburg Emil Guilleaume in Mühlheim a. R., Daniel Bodamp und Otto Haagmann in Düsseldorf eingetragen. Die beiden Bergbesitzer haben auf ihren Anteil am Bergwerkseigentum verzichtet. Emil Guilleaume ist verstorben, und es sind Rechtsnachfolger nicht zu ermitteln.

An Personen, welche Rechte aus der Eintragung des Emil Guilleaume im Bergwerksgrundbuch besitzen, ergeht daher hiermit die öffentliche Aufforderung, alsbald bei der unterzeichneten Behörde ihre Rechte nachzuweisen, außerdem aber das Bergwerk innerhalb einer Frist von 6 Monaten, vom Tage der Veröffentlichung dieser Aufforderung an gerechnet, in Betrieb zu nehmen, widrigenfalls nach Maßgabe des sechsten Titels des Berggesetzes die Entziehung des Bergwerkseigentums eingeleitet werden wird.

Karlsruhe, den 27. Januar 1925.
Ministerium der Finanzen
Abt. f. Salinen und Bergbau.
J. v. Dr. Herdovogel.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurufbeförderungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Beruf:
Direktor Alois Mayer an der Realschule in Breisach in gleicher Eigenschaft an die Oberrealschule in Neßl.

Zurufbeförder:
Hauptlehrer Karl Rens, an der Volksschule in Eppelheim, Josef Breunig, Hausmeister.

Ekkhart

Jahrbuch für das Badner Land

Sechster Jahrgang 1925

Im Auftrage des Landes-Vereins Badische Heimat herausgegeben von
Hermann Eris Busse, Freiburg i. B.

112 Seiten mit 49 Abbildungen, einem Vierfarben-Kunstblatt und zwei Einschaltbildern.

Preis Mk. 3.—

Inhaltsübersicht: Vierfarbiges Bild: „Madonna am See“ von Hans Dieter. — Geleit. Von Hermann Burte. (2 Abb.) — Hans Dieter. Von Hermann Eris Busse. (8 Abb.) — Einschaltbild: „Seifenblasen“ von Hans Dieter. — Die Bildwerke Otto Schlesslers. Von Ernst Kriech. (5 Abb.) — Einschaltbild: „Kopf“ von Otto Schlessler. — Gedichte aus dem Bande „Ursula“ von Hermann Burte. — Das neue Augustinermuseum in Freiburg. Von Karl Gruber. (8 Abb.) — Das befestigte Etilingen im Mittelalter. Von Bernhard Bender. (8 Abb.) — Hans Christoff von Grimmelshausen. Von Engelbert Degaur. (1 Abb.) — Ludwig von Liebenstein. Von Franz Schnabel. (Bildnis und 2 Abb.) — Zur badischen Trachtenkunde des 18. und 19. Jahrhunderts. Von Hans Rott. (15 Abb.) — Odenwälder Volkshumor. Von Max Walter. (1 Abb.) — Das Grab zu Heidelberg. Erzählung. Von Emil Strauss. — Eine kunstgeschichtliche Geisterstunde. Von Otto Kiemm. — Badische Dichtung von 1923/24. Von W. E. Oettinger. — Chroniken der katholischen und der evangelischen Kirche in Baden 1923. — Künstlerisch ausgestattet, mit Beiträgen erster Schriftsteller aus ganz Baden. Ist der „Ekkhart“ ein Heimatbuch für jeden Badner und auch eine wertvolle Gabe für alle Deutsche, die das schöne Badner Land kennen oder kennen lernen wollen. Für Kunstfreunde wichtig sind die ausführlichen Abschnitte über Hans Dieter und Otto Schlessler, mit erstmals hier veröffentlichten Abbildungen geschmückt. Besonders als Geschenkbuch ist der Ekkhart seit Jahren beliebt.

Verlag G. Braun G. m. b. H., Karlsruhe i. B., Karlsruhstrasse 14.



Badisches Landestheater

Freitag, 30. Januar. 7—11 Uhr. Mk. 4.50.
E 15. Th.-Gem. 6701—6800, 6901—7000, 7101—7200.
König Richard der Dritte.

des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintrittendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Donnerstag, den 19. Februar 1925, nachmittags 5 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Dienstag, den 17. März 1925, nachmittags 5 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörende Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufzugeben, nichts an den Gemeindefiskus zu verabsagen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzuerlegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache

abgeordnete Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 25. Februar 1925 Anzeige zu machen.
Karlsruhe, 27. Jan. 1925.
Gerichtspräsident
Bad. Amtsgerichts A 3.

Erbenaufruf. Karlsruhe. Am 17. August 1923 ist in Absford im Staate Neusüdwales (Australien) ein hiesiger Mann gestorben. Der Verstorbenen ist in Baden geboren, war 40 Jahre in Australien anständig und nicht verheiratet. Weiteres ist nicht ermittelt. Verwandte des Verstorbenen (Geschwister und Abkömmlinge von solchen) wollen sich beim Notariat I Karlsruhe, Kaiserstr. 184, 2. Stock, Zimmer 15, melden.
Badisches Notariat I als Nachlassgericht.

Befriedigung
Bei der Stadtgemeinde Weinheim sind
2 Wachtmeisterstellen
Besetzungsmöglichkeit nach V zu befehlen. Bewerber, welche die staatliche Polizeischule mit Erfolg besucht, oder die vom Ministerium des Innern festgesetzte Mindestdienstzeit in der staatlichen Ordnungspolizei oder bei der Gendarmerie zurückgelegt haben, wollen ihre Gesuche unter Anschließ eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes und von Dienstzeugnissen bis 15. Februar d. J. hier einreichen.
D. 974
Weinheim, 26. Jan. 1925.
Der Oberbürgermeister.

Jagd-Verpachtung.
Badisches Forstamt Rotenfels in Rastatt versteigert am Montag, den 9. Februar 1925, nachmittags 2 Uhr, im Waldhof-Hotel in Rastatt die Waldjagd „Eichelberg“, Gemarkung Rotenfels, mit 350 ha auf vier Jahre. Wer bieten will, hat zuvor seine Jagdfähigkeit nachzuweisen; wer den Zuschlag erhält, hat einen guten, in Baden ansässigen Bürgen zu stellen. Die Jagd zeigt Oberforstwart Greif in Rotenfels. Die Bedingungen sind beim Forstamt einzusehen. 1255

Brenn- und Holzversteigerung
des Forstamts Mittelberg in Ettlingen am Donnerstag, den 5. Februar 1925, um 1/9 Uhr, in der „Wühle“ zu Marzell: aus Distrikt I Mittelberg: 308 Ster buchene, 283 Ster eichene, 52 Ster tannene und forelene Scheiter und Krügel; aus Distrikt II Großlosterwald: 6 Ster eichene Nüßerholz, 819 Ster buchene, 283 Ster eichene, 10 Ster erlene und 80 Ster tannene und forelene Scheiter und Krügel, sowie 99 Ster buchene und tannene Reiskrügel. 3.254

Brenn- und Holzversteigerung.
Vorzeiger des Holzes für Distrikt I Forstwart Rastatt, Mittelberg für Distrikt II Forstereisele in Marzell und Oberforstwart Bläth, Neßlinschwanderhof.

Stammholzversteigerung.
Die Gemeinde Hugsweier, Amt Rastatt, versteigert am Montag, den 2. Februar d. J., vormittags 10 Uhr, in ihrem Viehschlach: 2.972
23 Eichen bis zu 3,08 fm., 94 Eichen bis zu 1,39 fm., 24 Erlen bis zu 0,87 fm., 2 Birken bis zu 0,73 fm.
Hugsweier, 26. Jan. 1925.
Der Gemeinderat:
Hierlinger, Bürgermeister.
Muder, Ratshg.

Stammholzversteigerung.
Die Gemeinde Gamsfurt versteigert am Dienstag, den 3. Februar d. J., mittags 12 Uhr, im Mößel dahier, nachhergezeichnete Holz: 26 Eichen I.—VI. Kl., 64 Eichen IV.—VI. Kl., 58 Erlen IV.—V. Kl., 4 Saubuchen IV.—V. Kl., 1 Birke, 1 Kiefer, 1 Pappel. Der Gemeinderat.